

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einseitige Seite mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluss der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schull; in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schull; in Schwedt a. O.

Nummer 59

Freitag, den 9. März 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

- Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichsminister Groener zum Vortrag.
- Das Kriegsschädengesetz wurde im Ausschuss in erster Lesung verabschiedet.
- Der Reichszentralrat will dem Haushaltsausschuss bis Montag einen abschließenden Bericht über die Höhe der Angelegenheit vorlegen.
- Der Völkerbundsrat veranstaltete eine Kundgebung für die Rückkehr Spaniens und Brasiliens in den Völkerbund.
- Die Arbeitgeber haben dem Berliner Metallschiedsgericht zugestimmt.
- In Altenburg wurden zwei Kassenboten von einem unbekannten Überfall, der einen der Boten durch Schüsse schwer verletzte und dann floh.
- Bei einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern wurden in Indien fünf Personen getötet.
- Die Sowjetunion hat beschlossen, das Protokoll über das Verbot der Anwendung von Giftgasen im Kriegsfalle zu ratifizieren.

Für die Rückkehr Spaniens und Brasiliens in den Völkerbund.

Der Völkerbundsrat veranstaltete am Donnerstag eine feierliche Kundgebung für die Rückkehr Spaniens und Brasiliens in den Völkerbund. Beide Mächte hatten bekanntlich, als Deutschland in den Völkerbund eintrat und einen Ratssitz erhielt, gleichfalls einen ständigen Ratssitz geordert. Als das abgelehnt wurde, erklärten sie ihren Austritt und beteiligten sich seitdem nicht mehr an den Arbeiten in Genf. Formell waren sie jedoch noch Mitglieder des Bundes, weil eine Austrittserklärung nach den Satzungen des Völkerbundes erst nach einer Frist von zwei Jahren in Wirksamkeit tritt. Das wäre Mitte Juni bzw. Anfang Dezember der Fall gewesen. Um ein endgültiges Ausscheiden zu verhindern, haben in der Zwischenzeit diplomatische Verhandlungen stattgefunden; außerdem entschloß sich der Rat, beide Mächte durch eine feierliche Kundgebung zur Rückkehr anzufordern.

Präsident Urrutia

verlas zu diesem Zweck in der Donnerstag-Sitzung des Rates eine Erklärung, in der es heißt, es müsse geprüft werden, ob die 1926 vorhandenen Gründe noch bestehen, und ob sie auch heute noch so stark seien, daß der Entschluß Brasiliens und Spaniens endgültig werde. Urrutia schlug deshalb einen Schritt des Völkerbundsrates vor, durch den den beiden Staaten ein neuer Beweis der außerordentlich großen Bedeutung gegeben würde, die der Rat ihrer Mitarbeit im Völkerbund und an der Sache des Friedens beimißt. Er erklärte sich bereit, im Namen des Völkerbundsrates zwei Briefe an Brasilien und Spanien zu richten und für eine der nächsten Sitzungen den Wortlaut und eine entsprechende Entschließung dem Völkerbundsrat vorzulegen. Die Anregung des Ratspräsidenten fand sofort die einmütige Unterstützung sämtlicher Delegierten, wobei das spanische Ratsmitglied Billegas das große Interesse betonte, das insbesondere die südamerikanischen Staaten an der Wiederaufnahme der Zusammenarbeit Brasiliens und Spaniens im Völkerbund haben.

Reichsminister Dr. Stresemann

erklärte, er habe stets es als ein besonders schmerzliches Zusammentreffen der Ereignisse empfunden, daß in dem Augenblick, als Deutschland in den Völkerbund eintrat, zwei große Nationen ihre Mitarbeit am Völkerbund einstellten. Spanien und Brasilien seien zwei Länder, mit denen Deutschland in nahen und freundschaftlichen Beziehungen stehe. Der Wert ihrer aktiven Mitarbeit im Völkerbund brauche daher von ihm nicht besonders hervorgehoben zu werden. Beide Länder seien zweifellos berufen, in Zukunft im Interesse des Völkerbundes erneut sehr wertvolle Dienste zu leisten. Er könne daher nur aufrichtig die Initiative des Ratspräsidenten begrüßen, die dahin gehe, beide Länder zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit im Völkerbund zurückzugewinnen.

Präsident Urrutia dankte für die einmütige Unterstützung seiner Anregung und wertete die Stellungnahme des Völkerbundsrates als eine denkwürdige Kundgebung von größter moralischer Bedeutung.

Der Optantenstreit.

Der ungarisch-rumänische Streit zum achtzehnten Male vor dem Völkerbund.

Im weiteren Verlauf seiner Sitzung wandte sich der Völkerbundsrat dem ungarisch-rumänischen Dis-

tanienstreit zu, der zum achtzehnten Male den Rat beschäftigte. Chamberlain erstattete einen Bericht und wies darauf hin, daß der Rat beide Parteien zu direkten Verhandlungen aufgefordert habe; er bitte daher um eine Mitteilung, was dabei herausgekommen sei. Darauf legten Titulescu-Rumänien und Graf Apponyi-Ungarn die Haltung ihrer Regierungen dar. Graf Apponyi erklärte, Ungarn habe erst vor 14 Tagen eine Antwort Rumäniens auf die Dezember unterbreiteten Vorschläge erhalten. Die rumänische Antwort sei jedoch nicht nur spät gekommen, sie laute auch unzureichend. Rumänien wolle Ungarn zu, auf zehn oder elf Millionen Franken zu verzichten. Bei dieser Sachlage müsse Ungarn die schiedsgerichtliche Erledigung der Angelegenheit fordern.

Die geplante Herabsetzung der Zahl der Rats tagungen.

Genf, 9. März. Der Völkerbundsrat hat in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen, den vom Generalsekretär des Völkerbundes ausgearbeiteten Bericht über die von England beantragte Herabsetzung der jährlichen Rats tagungen von vier auf drei allen Völkerbundsstaaten zuzuleiten. Der Bericht erhebt keine grundsätzlichen Bedenken gegen die vorgeschlagene Herabsetzung.

Beisprechung Stresemanns mit Chamberlain und Briand.

Genf, 9. März. Die Ratsmitglieder folgten gestern einer Einladung des Ratspräsidenten Urrutia zu einem gemeinsamen Frühstück. Reichsminister Dr. Stresemann und Außenminister Chamberlain hatten sich zu einer anschließenden persönlichen Beisprechung verabredet, der später auch Briand beizuwohnen. Hauptgegenstand der Beisprechungen bildete, wie verlautet, die Renwahl der Regierungskommission des Saargebietes.

Das Kriegsschädengesetz.

In erster Lesung vom Ausschuss verabschiedet.

Der Reichstagsausschuss für Entschädigungssachen hat die erste Lesung des Kriegsschädengesetzes beendet. Die zweite Beratung soll in der kommenden Woche stattfinden. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Antrag der demokratischen Fraktion, der dem Gesetz den Charakter eines Schlußgesetzes nehmen und einen Besserungsschein in das Gesetz aufnehmen wollte. Von den bisherigen Regierungsparteien wurde ausgeführt, daß lediglich die Notwendigkeit, das Gesetz im Rahmen des sogenannten Notprogramms zu verabschieden, sie bestimmt habe, dem durch ihre nachdrücklichen Bemühungen gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf etwas verbesserten Gesetz zugestimmen, um eine weitere Verschleppung zu vermeiden. Die demokratischen Anträge wurden darauf abgelehnt. Der Rest der Vorlage wurde erledigt.

Der Reichstagsausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen führt die Beratungen über das Gesetz betr. Änderungen im Verfahren in Versorgungs sachen zu Ende. Die in einem Unterausschuss vorbereiteten Änderungen der Regierungsvorlage werden einstimmig angenommen.

Der Konflikt in der Metallindustrie.

Nach fast achtstündiger Beratung ein Schiedspruch gefällt.

Im Konflikt in der Berliner Metallindustrie fällt die Schlichtungskammer nach fast achtstündiger Beratung einen Schiedspruch, nach dem die Stundenlöhne und Akkordverdienste der Werkzeugmacher einer Nachprüfung zu unterziehen sind. Die Nachprüfung hat sich nicht nur auf einzelne Akkorde zu erstrecken; vielmehr ist die Angemeinheit der Löhne und Akkorde ganz allgemein zu prüfen. Auch Erhöhungen der Verdienste ganzer Gruppen im Werkzeugbau sind gegebenenfalls vorzunehmen. Sollte eine Einigung im Betriebe nicht zustandekommen, wird unter Mitwirkung der Verbände eine endgültige Entscheidung getroffen. Die weiteren Bestimmungen sollen das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Festsetzung streitiger Akkorde durch Einsetzung einer paritätischen Kommission gewährleisten.

Die Parteien zum Werkzeugmacher-Schiedspruch.

Berlin, 9. März. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den Schiedspruch für die Werk-

zeugmacher angenommen. Im Anschluß daran trafen auch die Arbeitnehmer-Organisationen zur Beratung der Lage zusammen. Die der Presse mitgeteilt wird, hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband den Schiedspruch abgelehnt. Die Werkzeugmacher halten die Entscheidung der Schlichterkammer für unzureichend, weil sie nicht den geforderten Tarifvertrag und auch nicht die Festsetzung von Mindestlöhnen gebracht hat. Für den Fall, daß der Schiedspruch verbindlich erklärt wird, müßten die Werkzeugmacher den Streik abbrechen, weil sie sich sonst regreßpflichtig machen.

Politisches Verbrechen in Ost-Oberschlesien.

Ein Angehöriger der deutschen Minderheit seit Sonntag vermisst.

Wie die Kriminalpolizei in Beuthen mitteilt, wird seit Sonntag der der deutschen Minderheit angehörige Heiner Gebulla aus Friedrichsdorf in der Nähe von Kattowitz vermisst. In der Nähe der deutsch-polnischen Grenze bei Beuthen wurden am Montag einige Sachen des Vermissten gefunden. Da Gebulla in Friedrichsdorf als Anhänger der Deutschen Partei bekannt war und kurz vor der Wahl einen Drohbrief erhalten hatte, in dem er aufgefordert wurde, sich polnisch zu orientieren, da ihm sonst leicht etwas widerfahren könnte, liegt die Vermutung nahe, daß ein politisches Verbrechen vorliegt.

Uebrigens ist Gebulla wegen seiner deutschen Gesinnung vor etwa einem Jahre schon einmal verprügelt worden. Die polizeilichen Erhebungen werden fortgesetzt.

Politische Kundgaben.

Im Ehrenhof der Reichsbank fand eine Totenfeier für den dahingeshiedenen früheren Vizepräsidenten vom Grafenapp statt.

Bei einer Nachwahl zum Unterhaus eroberten die englischen Liberalen den konservativen Wahlkreis Saintives.

Beisprechungen über den Personaletat. Im Reichsfinanzministerium fand eine Beisprechung des Ministers Dr. Köhler mit den Parteiführern über den Personaletat statt. Wie verlautet, will man sich mit einem Mindestmaß an Umstellungen begnügen.

Anschuld gegen den Giftgaskrieg.

Das Präsidium der Sowjetunion beschloß die Ratifizierung der Beitrittserklärung der Sowjetregierung zum Protokoll über das Verbot der Anwendung von Giftgasen im Kriegsfalle.

Erauerkundgebung des Landtags.

Der Handelsminister über das Grubenunglück bei Neurode.

Berlin, den 8. März, 1928.

Präsident Bartels eröffnet die heutige Sitzung und gerichtet zunächst, während sich die Abgeordneten von den Plätzen erheben, des neuerlichen Bergunglücks auf der Grube Benzels bei Neurode und widmet den Hinterbliebenen der Getöteten und den Verletzten Worte herzlichsten Beileids.

Abg. Abel (Rom.) beantragt die sofortige Beratung einer Interpellation über dieses Unglück, womit sich der Landtag einverstanden erklärt. Darauf nimmt sofort

Handelsminister Dr. Schreiber

das Wort zu einer Erklärung, in der es u. a. heißt: Auf der Benzelsgrube bei Neurode hat sich ein Kohlen-säure-Ausbruch ereignet, durch den acht Personen zu Tode gekommen sind. Der Betriebsort, an dem der Unglücksfall eingetreten ist, war kein normaler Gewinnungsbetrieb, sondern ein besonderer Untersuchungsbetrieb. Da am Tage vorher stärkere Kohlenräucherung festgestellt worden war, beantragte der Betriebsführer den Betrieb und fuhr am folgenden Tage mit einem Betriebsingenieur, zwei Referendaren und vier Arbeitern an den Betriebsort, um sich über das Maß der Entgasung zu unterrichten. Dabei sind diese Personen infolge eines Anbruchs von Kohlen-säure, der auf bisher noch nicht angeklärte Weise entstanden ist, erstickt. Die dadurch zunächst abgeschlossenen neun weiteren Personen sind inzwischen geborgen und befinden sich außer Lebensgefahr.

Dann werden die Abstimmungen zum Bergetat

durchgeführt. Dabei finden zahlreiche Anträge Annahme, die u. a. fordern: gefehliche Wiedereinführung der Siebenstundentag unter und der Achtstundentag über Tag, Erhöhung der Zahl der Grubenkontrollen, erhöhte Gruben-sicherheit, Mittel für weitere Untersuchung der Ursachen von Bergunglücken, Abkaffung der Revierwägen. Be-